



SPARENDE UNTERNEHMEN: DIE NEUE ROLLE DES STAATES IN EINER DYNAMISCHEN MARKTWIRTSCHAFT.

Eingereicht von: Patrick Kaczmarczyk, SPD-Wirtschaftsforum

Die Frage, wie wir eine gerechte und nachhaltige europäische Handels- und Investitionspolitik gestalten, wird maßgeblich die Zukunft Deutschlands und Europas beeinflussen. Einer der wichtigsten Faktoren dabei ist, dass wir die Rolle des Staates im gesamtwirtschaftlichen Kontext neu analysieren. Dabei geht es auf der einen Seite um die internationale Zusammenarbeit, die die Unternehmen verschiedener Wirtschaftszonen miteinander in den Wettbewerb stellt – und nicht die Staaten. Andererseits geht es darum, grundlegende wirtschaftliche Theorien neu zu überdenken, auf deren Basis wir insbesondere den Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie die Schuldenbremse in der Verfassung verankert haben.

In beiden Fällen wurde eine Vorgabe für staatliche Ausgaben- und Investitionspolitik getroffen, die keinerlei Rücksicht auf die strukturellen Entwicklungen der anderen Sektoren nahm (d. h. dem Investitionsverhalten der Unternehmen und dem Außenhandelsgleichgewicht). Doch so, wie es beim Satz des Pythagoras unmöglich ist, zu bestimmen, welche Formen und Maße ein Dreieck hat, wenn man nur Informationen über eine Seitenlänge hat, führt dies auch in der Wirtschaftspolitik zu erheblichen Verwerfungen, wenn gesamtwirtschaftliche Faktoren außen vor bleiben.

Eine gerechte und nachhaltige europäische Handels- und Investitionspolitik muss somit das große Ganze im Blick haben und von dieser Perspektive aus die Politik gestalten. Sofern wir uns aus einer Vogelperspektive nähern, finden wir eine strukturelle Tendenz, die die gesamte ökonomische Theorie auf den Kopf stellt: Die Unternehmen sind in den größten kapitalistischen Volkswirtschaften insgesamt zu Nettosparern geworden, d. h. der Unternehmenssektor als Ganzes nimmt mehr Geld ein als er ausgibt.

Weshalb ist dies problematisch und weshalb greift die gewöhnliche Ökonomik nicht mehr in einer solchen Situation?

Nun, in einer Geldwirtschaft, in der die Ausgaben des einen die Einnahmen des anderen sind, müssen jeglichen Überschüssen Defizite in gleicher Höhe gegenüberstehen. Um somit höhere Einnahmen als Ausgaben zu haben, also, um „zu sparen“, muss ein anderer bereit sein, mehr auszugeben als einzunehmen. Aggregiert man alle Akteure einer Volkswirtschaft, so ergeben sich für jedes Land vier Sektoren: der Staat, die Unternehmen, die privaten Haushalte und das Ausland.

Jede ökonomische Theorie, sei es der Marxismus, Keynesianismus oder der Mainstream der Neoklassik, nimmt an, dass die Unternehmen in einer



Marktwirtschaft die treibende und investierende Kraft sind. Das bedeutet, die Annahme in jeder Denkschule ist, dass der Unternehmenssektor mehr Geld ausgibt als einnimmt – und auf diese Weise die anderen Sektoren in der Wirtschaft sparen, also mehr einnehmen als ausgeben können. Eine solche Annahme impliziert selbstverständlich nicht, dass jedes Unternehmen prinzipiell Verluste macht. Es geht darum, dass die Unternehmen auf aggregierter Ebene, das heißt als Sektor, positive Wachstums- und Zukunftsaussichten haben und daraufhin investieren. Wer sich beispielsweise die Zahlen der Start-Ups anschaut, wird feststellen, dass dort immer mehr Geld ausgegeben als eingenommen wird – und das ist bei dynamischem Wachstum völlig in Ordnung.

Wenn wir uns die Salden dynamischer Volkswirtschaften ansehen, so stellen wir fest, dass dies auch empirisch der Fall ist. Zu Zeiten des Wirtschaftswunders beispielsweise war der Unternehmenssektor der Nettoschuldner, nahm Kredite auf und investierte massiv in neue, produktivitätssteigernde Technologien. Eine staatlich flankierte Lohnpolitik regte sie dazu an, denn durch rapide steigende Löhne mussten Unternehmen in kapitalintensivere Produktionsmethoden investieren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit über eine höhere Produktivität zu erhöhen – anstatt auf Lohnsenkungen zu setzen. Zudem war die Nachfrage in der Volkswirtschaft dynamisch, sodass Investitionen sich rentierten.

In Deutschland änderte sich dieses Verhalten mit Beginn des Euro. Die Unternehmen wurden zu dem Zeitpunkt zu Nettosparern und das hat sich über den gesamten Zeitraum bis heute hin nicht verändert. Die Nettoverschuldung hat für uns das Ausland übernommen, was jedoch keine nachhaltige Lösung ist, da Leistungsbilanzungleichgewichte immer mit finanzieller Instabilität einhergehen, die sich über die Zeit hinweg aufbaut. Leistungsbilanzüberschüsse bedeuten lediglich einen Aufbau von Finanzvermögen gegenüber dem Ausland. Die dem in exakt selber Höhe gegenüberstehenden Defizite sind nichts Anderes als Verbindlichkeiten gegenüber den Überschussländern. Je länger solche Ungleichgewichte bestehen, desto höher werden die Instabilitäten – sei es, weil die Verbindlichkeiten in abstruse Finanzprodukte investiert werden (wie beispielsweise bei der Finanzkrise 2008) oder weil die Bedienung der Verbindlichkeiten – und damit der Wert des akkumulierten Vermögens – in Zweifel gezogen wird.

Für die gesamte Eurozone wäre ein „deutsches Modell“ ohnehin nicht machbar, da jegliche Vorteile der internen Abwertung von einer Aufwertung des Euro gegenüber den anderen Währungen zunichtegemacht werden würde.

Wenn Unternehmen somit zu Nettosparern werden und wir als Grundlage für eine nachhaltige und faire Handelspolitik eine ausgeglichene Leistungsbilanz vorweisen wollen, dann bleibt keine andere Möglichkeit, als dass der Staat sich verschuldet, um den Nachfrageausfall zu beheben.



Sparende Unternehmen beobachten wir spätestens seit der globalen Finanzkrise in vielen entwickelten Volkswirtschaften weltweit. Koo (2011) hat dieses Merkmal in seiner Analyse der sogenannten Bilanzrezession als zyklisches Phänomen diskutiert. Viele Jahre nach dem Ende der Rezession ist jedoch keine Veränderung festzustellen. Weder in Europa noch in den USA oder Japan sind die Unternehmen bereit, die Rolle zu übernehmen, die ihnen nach verschiedenen ökonomischen Denkschulen in einer Marktwirtschaft zugeordnet ist. Die Folgen für die Theorie und die Politik sind gewaltig. Seit mehr als 200 Jahren gilt die Marktwirtschaft als der Ort, an dem die privaten Haushalte einen Teil ihres Einkommens sparen und an dem Unternehmen mit mutigen Unternehmern das Risiko der Kreditvergabe und der Investition übernehmen und auf diese Weise eine der grundlegendsten Gleichungen der Volkswirtschaftslehre sinnvoll umsetzen: $S = I$.

Seit der Großen Depression lautet eine der wichtigsten Lehren für die Wirtschaftspolitiker, dass der Staat einspringen muss, wenn Unternehmen in der Rezession vorübergehend ihre Rolle als Investoren nicht mehr wahrnehmen. Wenn die Unternehmen jedoch über die eigentliche Rezession hinaus für längere Zeit zu Nettosparern werden, gibt es keine „keynesianischen Momente“ für die Wirtschaftspolitik mehr. Eine Schuldenbremse oder ein destabilisierender Stabilitäts- und Wachstumspakt müssen sich dieser strukturellen Realität beugen. Zwar ließe sich die Verschuldung über beispielsweise höhere Unternehmenssteuern o. ä. begrenzen, doch bisher ließen sich nur selten Mehrheiten dafür organisieren. Zudem befinden wir uns derzeit in einer Phase extremster Unsicherheit und Instabilität, die voraussichtlich über Jahre hinweg anhalten wird.

Wie es deshalb sogar sehr konservative Republikaner wie Marco Rubio erkannt haben, muss auf absehbare Zeit der Staat die Zügel in die Hand nehmen und als Nettoinvestor der Volkswirtschaft agieren. Damit würden sich sicherlich ein Teil privater Investitionen mit einbinden lassen, doch dass der Unternehmenssektor in naher Zukunft wieder die ihm angedachte Rolle in einer Marktwirtschaft einnimmt, darf bezweifelt werden. Zugleich bieten die dringenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Transformation jedoch reichlich Möglichkeiten, dass der Staat hier als „Manager der schöpferischen Zerstörung“ agiert und für die gesamte Privatwirtschaft und die Gesellschaft den Weg in eine bessere Zukunft ebnet. Das wird sowohl in Deutschland als auch in Europa die Marschrichtung sein müssen – denn eines steht fest: Bei sparenden Unternehmen den Staat auch noch zum Sparen bewegen zu wollen, ist der Weg in die wirtschaftliche Flaute und in gesellschaftliche Spannungen.